Rechtliche Grundlagen Kinderschutz an Schulen

Bundeskinderschutzgesetz-BKiSchG

§ 4 KKG (Gesetz zur Kooperation im Kinderschutz)

Beratung und Übermittlung von Informationen durch Geheimnisträger bei Kindeswohlgefährdung

(1)

Werden

.....

7: Lehrerinnen oder Lehrer an öffentlichen Schulen und staatlich anerkannten privaten Schulen in Ausübung ihrer Tätigkeit gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls des Kindes bekannt, so sollen sie mit dem Kind oder Jugendlichen und den Personensorgeberechtigten die Situation erörtern und auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.

Abs 2: Die Personen nach Absatz 1 haben zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung gegenüber dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe Anspruch auf eine Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft . Sie sind zu diesem Zweck befugt, dieser Person die dafür erforderlichen Daten zu übermitteln; vor einer Übermittlung sind diese zu pseudonymisieren

*Abs 3: Scheidet eine Abwendung der Gefährdung aus nach Abs 1 oder ist das Vorgehen nach Abs 1 erfolglos, und halten die in Absatz 1 genannten Personen ein Tätigwerden des Jugendamtes für erforderlich, um eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen abzuwenden, so sind sie befugt, das Jugendamt zu informieren; hierauf sind die Betroffenen vorab hinzuweisen, **es sei denn, dass damit der wirksame Schutz des indes oder des Jugendlichen in Frage gestellt wird.** Zu diesem Zweck sind die Personen nach Satz 1 befugt, dem Jugendamt die erforderlichen Daten mitzuteilen.*

Gesetz zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Schleswig -Holstein

§ 13 Zusammenarbeit und Information bei Kindeswohlgefährdung

Werden der Schule Anhaltspunkte für eine mögliche Kindeswohlgefährdung bekannt, so geht sie im Rahmen ihres schulischen Auftrags diesen Anhaltspunkten nach. Hält sie das Tätigwerden der Kinder- und Jugendhilfe für erforderlich, so informiert sie das Jugendamt. Das Jugendamt bestätigt der Schule kurzfristig den Eingang der Meldung und teilt ihr mit, ob es weiterhin tätig ist.